

Bericht "Österreich in Europa" von Franz Vranitzky an das Präsidium der SPÖ (3. April 1989)

Legende: Am 3. April 1989 legt der Vorsitzende der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) dem Parteipräsidium und dem Bundespartei Vorstand einen Bericht vor, in dem er darlegt, welche Haltung Österreich seiner Meinung nach in Bezug auf die Entscheidung der Zwölf einnehmen soll, im Jahre 1992 den Binnenmarkt zu realisieren.

Quelle: Archiv des Vereines für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien.

Urheberrecht: (c) Archiv des Vereines für Geschichte der Arbeiterbewegung

URL:

[http://www.cvce.eu/obj/bericht_"osterreich_in_europa"_von_franz_vranitzky_an_das_prasidium_der_spo_3_april_1989-de-6bc81539-3921-422e-ae62-0c557017fd38.html](http://www.cvce.eu/obj/bericht_)

Publication date: 04/09/2012

Österreich in Europa

Bericht des Parteivorsitzenden an das Parteipräsidium und den Bundesparteivorstand (3. April 1989)

Die europäische Integration hat mit der Entscheidung der 12 Mitglieder der EG, bis 1992 einen einheitlichen Markt zu schaffen, eine neue Dynamik erfahren. Von ihr sind nicht nur die Länder innerhalb der EG betroffen, sondern vor allem auch jene Staaten mit einer freien Marktwirtschaft, die - wie Österreich - heute nicht Mitglied der EG sind. Für sie könnte die Vollendung des gemeinsamen Marktes bedeuten, im wahrsten Sinne des Wortes außerhalb zu stehen und von den positiven Effekten dieses Marktes ausgeschlossen zu sein.

Die Frage, wie unser Land in Zukunft sein Verhältnis zur EG gestalten soll, ist also eine für unsere Zukunft ganz entscheidende. Und mit Recht stellen sich die Österreicherinnen und Österreicher die Frage, wie es hier weitergehen soll. Die Sozialistische Partei Österreich hat sich eingehend damit beschäftigt, und hat die Vorarbeiten der Experten abgewartet und bewertet.

Damit ist nun der Zeitpunkt für die erste Entscheidungsphase gekommen. Diese Entscheidung muß aufgrund klarer Fakten und darf nicht aufgrund von Sympathie bzw. Antipathie oder vordergründigen innenpolitischen Motiven fallen. Die vergangenen Wochen haben gezeigt, daß die österreichische Sozialdemokratie durch eine klare Entscheidung die Handlungsinitiative in einer Diskussion behalten muß, die andernfalls zunehmend von anderen politischen Parteien oder von außen bestimmt würde. Das entspricht ihrer historischen Rolle in unserem Land und ihrem Selbstverständnis. Sie nimmt durch eine klare Aussage in dieser Frage aber auch ihre politische Führungsrolle als stimmen- und mandatsstärkste Partei in unserem Staat wahr.

Die SPÖ - Seit 1945 aktiv für ein friedliches Europa

Die Sozialdemokratie war von allem Anfang an eine internationale Bewegung. Das Internationale ist für die österreichische Sozialdemokratie selbstverständliche Dimension ihres politischen Auftrags.

Ein friedliches Europa

Die SPÖ hat sich daher auch mit großer Selbstverständlichkeit daran beteiligt, am Friedenswerk der europäischen Integration mitzuwirken.

Sie tat dies aus zwei Motiven:

- Erstens war es ihr ein zentrales Anliegen, die Kriegsgefahr auf unserem Kontinent durch ein Zusammenwachsen Europas für immer zu bannen.
- Zweitens war sie sich bewußt, daß ein wachsender Teil der wirklich großen gesellschaftlichen Aufgaben nur mehr im Zusammenwirken zwischen Nationen gelöst werden kann.

Es ist nur allzu offensichtlich, daß es für einen einzigen Staat unmöglich geworden ist, unabhängig von den anderen Wirtschafts-, Verkehrs-, Technologie- und Wissenschaftspolitik zu betreiben oder grundlegende Fortschritte im Umweltschutz zu erreichen.

Ein Europa der Zusammenarbeit

Im Sinn ihres Selbstverständnisses und ihres politischen Auftrags hat sich die österreichische Sozialdemokratie dafür entschieden, an der Gestaltung der europäischen Rahmenbedingungen für die Entwicklung unserer Gesellschaft aktiv mitzuwirken. Sie ist eine Bewegung der Reform und der Veränderung. Als solche kann sie sich nicht damit abfinden, Dinge passiv zur Kenntnis zu nehmen. Sie will und muß vielmehr trachten, sie zu beeinflussen und zu verändern. Das gilt selbstverständlich auch für den Prozeß, der in Europa die Staaten auf mannigfache Weise einander angenähert hat und weiter annähert.

Die österreichische Sozialdemokratie hat mit dem Begriff "Europa" nie euphorische Heilserwartungen verknüpft, sondern den konkreten Auftrag und die Möglichkeit, im Rahmen einer realistischen Einschätzung die Ziele Österreichs durchzusetzen.

So hat die österreichische Sozialdemokratie etwa gegen anfänglichen Widerstand konservativer Kräfte im Jahr 1956 die Mitgliedschaft Österreichs beim Europarat durchgesetzt. Sie war maßgeblich an der Gründung der EFTA beteiligt und hat, während andere dem Phantom eines Sondervertrags mit der EG nachgehungen sind, konsequent für einen Brückenschlag zwischen EG und EFTA gearbeitet, wie er dann 1972 tatsächlich erfolgt ist. Über sozialdemokratische Initiative ist es im Jahr 1984 auch zu jener gemeinsamen EFTA-EG-Erklärung von Luxemburg gekommen, die eine tragfähige politische und rechtliche Grundlage für die weitere Ausgestaltung der Beziehungen zwischen EG und EFTA bildet.

Mit derselben realistischen und gestaltungsfreudigen Grundhaltung müssen wir uns nun auch jenen Veränderungen stellen, die sich in den letzten Jahren in Europa ergeben haben.

Zwei dieser Veränderungen sind für uns von besonderer Bedeutung:

- Im Westen des Kontinents hat die wirtschaftliche Integration durch das Binnenmarkt-Programm der Europäischen Gemeinschaft eine neue Dimension erhalten.

- Im Osten des Kontinents läuft ein Prozeß rascher Veränderungen und Reformen, zu dem unsere Stellung gewiß eine andere und mehr sein muß als die eines interessierten Beobachters.

Der Binnenmarkt - eine Herausforderung, die wir annehmen wollen

Gleichzeitig zu diesen Veränderungen im Osten hat nun das Binnenmarkt-Programm der EG die Voraussetzung für unsere weitere Teilnahme an der wirtschaftlichen Integration in Westeuropa geändert. Es ist durch seine Freihandelsverträge mit EG und EFTA auch voll an dem beteiligt, was es derzeit an wirtschaftlicher Integration in Westeuropa gibt.

Österreich und der Binnenmarkt

Die Bundesregierung hat sich daher das Ziel gesetzt, der österreichischen Wirtschaft die möglichst umfassende Teilnahme an diesem Binnenmarkt zu ermöglichen. Diesem Wunsch stehen aber Hindernisse entgegen. Auf Seiten der EG sind die Dinge in Fluß, und es gibt noch kein Modell, wie sich Außenstehende ohne Mitgliedschaft in breiter Form am Binnenmarkt beteiligen könnten. Abgesehen davon besteht auch bei der EG noch keineswegs Klarheit darüber, ob es von ihrem Standpunkt aus überhaupt wünschenswert wäre, Außenstehende in umfassender Form an den komplexen Programmen zu beteiligen, oder ob diese Teilnahme nur den Mitgliedern offenstehen soll, die auch bereit und in der Lage sind, gemeinsam mit den Rechten und Vorteilen auch alle Pflichten des Binnenmarkts mitzutragen. Unsere bisherigen Konsultationen haben diese Schwierigkeiten aufgezeigt, die einer Teilnahme am Binnenmarkt durch Nichtmitglieder im Wege stehen.

Eine grundsätzliche Schwierigkeit, die sich für Nichtmitglieder ergibt, ist die beschränkte Mitbestimmung. Wir müssen - auf verschiedenste Weise - vieles von dem übernehmen, was von der EG beschlossen wird. Wir haben aber kaum Möglichkeiten, auf das Entstehen dieser Regelungen und Beschlüsse und damit auf deren Inhalt Einfluß zu nehmen.

Unter den heute gegebenen Umständen bleibt als klarste Form der vollen Teilnahme am Binnenmarkt nur die Mitgliedschaft. Wir müssen daher der EG eine klare Frage stellen: die Frage, ob sie gewillt ist, den immerwährend neutralen Staat Österreich als Mitglied aufzunehmen.

Die immerwährende Neutralität - ein unverzichtbares Gut

Dabei gilt ein für die Sozialistische Partei unverrückbarer Grundsatz: Die rechtlichen und politischen Erfordernisse, die sich aus der immerwährenden Neutralität unseres Landes ergeben, sind nicht verhandelbar.

Denn die österreichische Sozialdemokratie sieht in der immerwährenden Neutralität mehr als eine abstrakte völkerrechtliche Formel, die sich nur auf militärische Zusammenarbeit bezieht. Sie sieht in ihr den lebendigen und aktuellen politischen Auftrag, in Europa über die bestehenden Grenzen hinweg auf Entspannung, Vertrauensbildung und Zusammenarbeit hinzuwirken und damit zur gesamteuropäischen Stabilität beizutragen. Auch als Mitglied der EG könnte Österreich keine andere Politik verfolgen. Der allfällige österreichische Mitgliedsantrag stellt also der EG die Frage, ob sie bereit ist, Österreich mit vertraglicher Bindung jene Freiräume zuzusichern, die es gestatten, unsere politische Funktion als immerwährend neutraler Staat selbst dann wahrzunehmen, wenn die EG als solche zeitweilig oder prinzipiell einen anderen Weg gehen will als Österreich. Damit eng verknüpft ist die Frage nach jener politischen Identität, die die EG zunehmend für sich selbst gewinnen möchte. Entwickelt sie sich in Zukunft zu mehr Geschlossenheit und stärkerem Zentralismus oder zu mehr Liberalismus und Pluralität?

Die immerwährende Neutralität und ihre Absicherung ist zweifellos die zentrale Frage bei den Verhandlungen, die einem österreichischen Antrag folgen werden. Die SPÖ ist sich bewußt, daß Wahrung der Neutralität und Mitgliedschaft nicht unmittelbar vereinbar sind. Sie geht jedoch davon aus, daß sie mit dem entsprechenden politischen Willen seitens der EG vereinbar gemacht werden können. Die Sozialistische Partei steht jedenfalls bedingungslos zu ihrem wichtigsten außen- und sicherheitspolitischen Selbstverständnis und würde es nicht akzeptieren, wenn ein engeres Mitwirken im Kreis der westeuropäischen Staaten um den Preis neuer und zusätzlicher Barrieren gegenüber anderen Staaten erkaufte werden müßte.

Mitgliedschaft - aber nicht um jeden Preis

Zusätzlich gibt es sehr ernste und von einer Mehrheit der Bevölkerung geteilte Anliegen und Interessen, welche die SPÖ in das Verhandlungsprogramm mit der Europäischen Gemeinschaft aufnehmen wird. Es sind dies unter anderem Anliegen im Bereich der Sozial-, der Landwirtschafts-, der Umwelt- und der Verkehrspolitik. Dazu gehört auch der Wunsch, die bewährten Prinzipien der Bundesstaatlichkeit funktionsfähig zu erhalten.

Der soziale Standard

Aus heutiger Sicht ist nicht zu erwarten, daß die Anwendung bestehender sozialrechtlicher Vorschriften der EG zur Rücknahme innerösterreichischer Regelungen führen würde. Dennoch kann niemand ausschließen, daß der intensiver werdende Wettbewerb und die hohe Mobilität des Produktionsfaktors Kapital einen Nivellierungsdruck auf Länder mit überdurchschnittlich hohen Sozialstandards auslösen. Es ist daher heute schon festzuhalten: Wir werden weder unsere sozialen Errungenschaften zum Gegenstand eines "Standortwettbewerbs" machen, noch werden wir zulassen, daß - im Zuge des Abbaus von technischen Handelshemmnissen - die Sicherheit österreichischer Arbeitnehmer am Arbeitsplatz in Frage gestellt wird.

Die Umweltpolitik

Die österreichische Umweltpolitik ist in manchen Bereichen - nahezu durchgängig im Kfz-Verkehr - fortschrittlicher als die der EG. Da es grundsätzlich zulässig ist, daß ein Mitgliedsland strengere nationale Vorschriften in Kraft läßt bzw. setzt als dies die EG vorsieht, wird Österreich in den Verhandlungen deutlich machen, daß es an seinen umweltpolitischen Standards - wie etwa der Kat-Regelung - festhalten will. Unser Ziel muß sein, gemeinsam mit den umweltpolitisch fortschrittlichen Länder innerhalb der Gemeinschaft in Richtung einer planvollen, vorsorgenden und offensiven Umweltpolitik zu wirken.

Die Landwirtschaft

Österreichs Landwirtschaft hat neben der Versorgung mit Nahrungsmitteln eine zweite volkswirtschaftlich

bedeutsame Aufgabe zu erfüllen, nämlich die Pflege und Erhaltung von Umwelt und Kulturlandschaft. Wir bekennen uns zu diesen Zielsetzungen, müssen aber der Tatsache gewahr sein, daß dies unsere Landwirtschaft - gemeinsam mit nicht günstigen klimatischen und geographischen Voraussetzungen sowie einem oftmals mangelnden Wettbewerb im Bereich von Produktion und Verarbeitung - im Fall eines EG-Beitritts unter einen starken Konkurrenzdruck bringen würde. Neben den fraglos durchzuführenden Strukturreformen wird es daher auch unsere Aufgabe sein, in Verhandlungen mit der EG die spezifischen österreichischen Gegebenheiten bei der Festlegung von Förderungen für benachteiligte Gebiete zu betonen.

Der Transitverkehr

Der Transitverkehr zwischen den EG-Ländern belastet Österreich bereits heute in einem unerträglichen Ausmaß und droht nach Verwirklichung des Binnenmarkts noch zuzunehmen. Österreich hat daher bereits heute ein Verkehrskonzept entwickelt, das ein sinnvolles Nebeneinander von privatem und öffentlichem Verkehr vorsieht und dort, wo notwendig, den Umstieg von der Straße auf die Schiene erleichtert. Die "Neue Bahn" ist eine attraktive, umweltschonende und effiziente Alternative zum Straßenverkehr. Mit Milliarden-Investitionen für die Bahn, insbesondere in den vom Straßengütertransit am härtesten betroffenen Regionen, erbringt Österreich bereits heute große Leistungen, die auch im Hinblick auf die Zunahme des Transit-Verkehrs getroffen werden. Die Verwirklichung des Binnenmarkt-Prinzips der Freiheit des Verkehrs darf nicht weiter zu Lasten der umweltgeschädigten Anrainer gehen. Deshalb haben raschestmöglich Verhandlungen mit der EG stattzufinden, mit dem Ziel, noch vor der Verwirklichung des Binnenmarkts zu einer Lösung des Transitproblems zu kommen, die jedenfalls eine signifikante Verlagerung von der Straße auf die Schiene zum Inhalt haben muß. Das Transitproblem ist unabhängig von den Verhandlungen über eine Mitgliedschaft Österreichs zu behandeln und auch vor einem eventuellen Beitritt Österreichs zur EG abzuschließen.

Österreich - gut vorbereitet, die Chancen zu nützen

Die Sozialistische Partei hat innerhalb und außerhalb der Bundesregierung dafür gearbeitet, sich und der Bevölkerung Klarheit über die Auswirkungen eines Antrags und einer allfälligen Mitgliedschaft zu schaffen. Jedes andere Vorgehen wäre undemokratisch und auch unklug gewesen. Denn schließlich handelt es sich dabei um eine zentrale Frage hinsichtlich der Zukunft unseres Gemeinwesens, über die in der einen oder anderen Form letztlich der Souverän, also das österreichische Volk, entscheiden wird.

Die österreichische Wirtschaft

Es wurden daher folgerichtig auch die wirtschaftlichen Auswirkungen eines Beitritts zur EG untersucht. Alle diese Untersuchungen machen deutlich, daß die österreichische Wirtschaft wettbewerbsfähig und durchaus in der Lage ist, von den Chancen eines wirklich freien Binnenmarkts zu profitieren. Die jüngsten, beachtlichen Erfolge der österreichischen Exportbemühungen haben das nachdrücklich unterstrichen.

Die Untersuchungen erwarten durch die Vollendung des Binnenmarktes einen positiven Effekt auf das Wirtschaftswachstum, wie auch auf den Arbeitsmarkt und das Preisniveau, wobei eine Mitgliedschaft diese Effekte noch vergrößern würde. Die positiven Auswirkungen durch die Deregulierungs- und Liberalisierungseffekte sowie durch den Zugang zu den technologischen Forschungsprojekten und die verstärkte Investitionstätigkeit sind ebenfalls in Rechnung zu stellen.

Freilich werden die bislang noch geschützten Sektoren der Wirtschaft, etwa die Versicherungen, die Banken oder jene Betriebe, die landwirtschaftliche Produkte verarbeiteten, einem stärkeren Konkurrenzdruck ausgesetzt werden. Auch müssten im Zuge der Harmonisierung die Mehrwertsteuer gesenkt und Verbrauchersteuern angehoben werden. Zugleich hätte auch der österreichische Beitrag zum EU-Budget – wir werden in der EG "Nettozahler" sein – budgetäre Auswirkungen, die den bisher erfolgreichen Kurs der Budgetsanierung nicht gefährden dürfen.

Viele der hier erforderlichen Umstellungen sind aber solche, zu denen sich Österreich auf alle Fälle bereithalten müßte und die die SPÖ auch in ihr Programm aufgenommen hat, unabhängig davon, ob unser

Land nun am Binnenmarkt der EG als Mitglied teilnehmen wird oder nicht.